

# Barack Obama: Wandel in Amerika

## Die US-Präsidentschaftswahl 2008 und ihre ersten Folgen in der Analyse

*Martin Thunert*



Martin Thunert

**Zusammenfassung:** Die Vereinigten Staaten von Amerika haben am 4. November 2008 eine historische Präsidentschaftswahl erlebt, von der noch lange die Rede sein wird. Das Wahlergebnis war deutlich. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Senator Barack H. Obama aus Illinois gewann 52.9% der landesweiten Stimmen und damit 365 von 538 möglichen Wahlmännerstimmen. Sein Haupttrivale, Senator John McCain aus Arizona von der Republikanischen Partei erzielte 45.7% der Stimmen und 173 Wahlmänner. Barack Obamas Sieg ging eine doppelte Leistung als Wahlkämpfer voraus. Er schmiedete erfolgreich zwei Wählerallianzen: im Vorwahlkampf eine innerparteiliche Allianz, mit deren Hilfe er die favorisierte Kandidatin, Hillary Clinton, knapp schlug, im Hauptwahlkampf schuf er eine breite Allianz aus Jungwählern, Minderheiten, Einkommensschwachen, aber auch gut ausgebildeten Wählern für den deutlichen Sieg über seinen republikanischen Gegenkandidaten John McCain, der nur bei weißen Wählern im Süden der USA sehr gut abschnitt. Der Beitrag analysiert sozialstrukturelle und regionale Faktoren der Wahlentscheidung, fragt nach der Bedeutung der Wahl als Richtungswahl (realigning election), blickt auf die ersten Vorhaben der Obama-Administration – allen voran das gigantische Konjunkturpaket – und wagt einen Ausblick auf den Regierungsstil des ersten schwarzen Präsidenten der USA.

## Einleitung

Am 4. November 2008 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika zum 56. Mal ihren Präsidenten<sup>1</sup>. Das im Folgenden zu analysierende Wahlergebnis wird die USA ebenso sehr verändern, wie es der lange Wahlkampf und Vorwahlkampf bereits getan hat<sup>2</sup>. Das Besondere an der Wahl 2008 beginnt mit der Wahlbeteiligung, welche die höchste in 40 Jahren war, erstreckt sich über die Person des Gewinners bis zur Bedeutung und den Folgen des Wahlergebnisses für die USA und die Welt.

## 1. Wahlergebnisse und Wahlanalyse

Wahlbeteiligung 61.6%	<p>Die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 131,2 Millionen, was etwa 10 Mio. mehr Stimmen als 2004 bedeutet. Die Zahl der in den USA Wahlberechtigten wird derzeit auf ca. 213 Mio. geschätzt, womit die Wahlbeteiligung 61.6% beträgt. Sie ist damit um 1.6% höher als 2004, bleibt aber unter der „Rekordrate“ der Wahl von 1968 (62.5%), die allerdings vor der Absenkung des Wahlalters auf 18 Jahre und vor der massenhaften Inanspruchnahme der Briefwahl erreicht wurde. Die höchsten Wahlbeteiligungen verzeichnen erneut die Bundesstaaten Minnesota (78%), Wisconsin (72%) sowie New Hampshire und Maine (71%), die niedrigsten Werte finden sich in Hawaii, West Virginia (je 50%) sowie Utah (53%)<sup>3</sup>. Die Wahlbeteiligung der schwarzen Amerikaner stieg von 11.1% 2004 auf 13% in 2008, was in einigen Südstaaten zu nahezu 100% Barack Obama zugute kam. Das Wahlergebnis ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Senator Barack H. Obama aus Illinois, gewann landesweit 69.456.897 Stimmen (52.9%), was sich aufgrund des Wahlrechts<sup>4</sup>, das dem Kandidaten, der die relative Mehrheit der Stimmen in einem Bundesstaat auf sich vereinigt, sämtliche Elektorenstimmen des betreffenden Bundesstaates zuschlägt<sup>5</sup>, in 365 Wahlmännerstimmen übersetzte. Sein Haupttrivale, Senator John McCain aus Arizona von der Republikanischen Partei erzielte 59.934.814 Stimmen (45.7%) und 173 Elektoren. Obama siegte in 28 Bundesstaaten und dem District of Columbia und erhielt eine Wahlmännerstimme aus dem Staat Nebraska, John McCain gewann 22 Bundesstaaten, darunter auch der Staat Nebraska, wo er aufgrund eines eher proportionalen Wahlsystems eine Wahlmännerstimme an Obama abgeben musste. Barack Obamas Wahlsieg fällt somit deutlicher aus als der Sieg Bushs vor vier Jahren über John Kerry, als der landesweite Stimmenabstand unter 3 Millionen lag und der Abstand im Elektorenkolleg ebenfalls sehr gering war. Vier weitere Kandidaten, Ralph Nader (Unabhängig), Bob Barr (Libertarian Party), Chuck Baldwin (Constitution Party) und Cynthia McKinney (Grüne Partei) gewannen jeweils zwischen 100.000 und 500.000 Stimmen und erhielten keine Wahlmänner.<sup>6</sup> Eine Reihe weiterer Bewerber erhielt deutlich unter 100.000 Stimmen.</p>
Wahlergebnis	<p>Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum 111. Kongress erlangten die Demokraten deutliche Zugewinne und bauten ihre Mehrheit in beiden Häusern signifikant aus. Im Repräsentantenhaus (435 Sitze) gewannen sie 21 Sitze hinzu und verfügen dort mit 257 Sitzen über eine komfortable Mehrheit, während die Republikaner 21 Sitze verloren und nun mit 178 Abgeordneten vertreten sind. In landesweiten Zahlen ausgedrückt, bedeutet die Wahl: Demokraten 53.04%, Republikaner 44.16%, Sonstige 2,8%. Im Senat standen 35 der 100 Senatssitze zur Wahl. Am Vorabend der Wahl stellten sowohl die Demokraten als auch die Republikaner 49 Senatoren, zwei weitere unabhängige Senatoren bildeten aber eine Fraktionsgemeinschaft mit den Demokraten, die somit den Senat knapp kontrollierten. Nach der Wahl verfügen die Demokraten einschließlich der Unabhängigen über 58 Sitze, die Republikaner nur noch über 41<sup>7</sup>.</p>
Kongresswahlen	

## 2. Sozialstrukturelle und regionale Faktoren der Wahlentscheidung<sup>8</sup>

Nach Angaben der Exit Polls (Wählerbefragung nach Verlassen des Wahllokals) von CNN identifizierten sich 39% der Wähler als Anhänger der Demokraten, 32% als Republikaner und 29% als Unabhängige. Beide Kandidaten vermochten die Anhänger ihrer jeweiligen Partei zu fast 90% auf ihre Seite zu ziehen, bei den Unabhängigen schlug Obama seinen Rivalen mit 55% zu 44%.

Anhänger

22% aller Befragten schätzten sich selbst als „linksliberal/sozialdemokratisch“ (liberal), 44% als gemäßigt (moderate) und 34% als „konservativ“ (conservative). Fast 90% der Linksliberalen entschieden sich für Obama, aber auch 60% der Moderaten und immerhin 20% der Konservativen. Dagegen konnte McCain nur 78% der Konservativen und 39% der Gemäßigten bzw. 10% der Linksliberalen für sich gewinnen.

Ethnien

74% der 2008 wählenden Amerikaner gelten als „Weiße“, 13% sind Schwarze, 9% Latinos, 2% asiatische Amerikaner und 3% zu sonstigen ethnischen Gruppen. McCain gewann bei der starken Gruppe der weißen Amerikaner komfortabel mit 55% : 43%. Betrachtet man das Ergebnis indes regional, so wird deutlich, dass der Vorsprung McCains bei weißen Wählern fast ausschließlich auf einem fast 40%igen Vorsprung bei weißen Wählern des Südens beruht, während beide Kandidaten in den übrigen Regionen der USA bei weißen Wählern nahezu gleichauf liegen. Unbestritten bleibt: der schwarze Kandidat Barack Obama konnte die Stimmen weißer Wähler in höherem Maße (43%) gewinnen, als vier Jahre zuvor der weiße Kandidat John Kerry (41%).

Bei allen Minderheitenethnien liegt Obama indes deutlich in Führung: 95% der Schwarzen und 67% der Latinos votierten für den Demokraten, in der letzteren Gruppe fiel McCain deutlich hinter die von George W. Bush 2000 und 2004 erreichten Anteile zurück. (vgl. Thunert 2001, Kolkman 2005). Auch zwei Drittel der asiatischen Amerikaner und der „Sonstigen“ sprachen sich für den ersten schwarzen Präsidentschaftskandidaten aus.

53% der amerikanischen Wähler 2008 waren weiblich, 47% männlich, was eindeutig Barack Obama zugute kam; bei den Frauen gewann er erwartet deutlich mit 56% zu 43%, im Gegensatz zu John Kerry und anderen früheren Kandidaten gewann Obama mit 49% zu 48% auch eine knappe Mehrheit der amerikanischen Männer.

Geschlecht

37% aller Amerikaner verfügen über ein Haushaltsjahreseinkommen von bis zu 50.000 \$. In dieser unteren Einkommensgruppe gewinnt Obama die Wahl mit einem für Demokraten gewohnt deutlichem Abstand. Fast drei Viertel der Wähler, deren Haushaltseinkommen unter 15.000 \$ liegt, stimmen für den Demokraten. Interessant ist das Abstimmungsverhalten der mittleren und oberen Einkommensgruppen. McCain liegt im Zentrum der Mittelschicht, bei den 21% Amerikanern mit Einkommen zwischen 50.000 und 75.000 \$ knapp vorn. In der darüberliegenden Einkommensgruppe – 15% der Wähler ordnet sich hier ein – von 75.000 bis 100.000 \$ gewinnt indes Obama mit 51% zu 48%. Bei den 20% Haushalten mit Jahreseinkommen zwischen 100.000 \$ und 200.000 \$ gewinnt McCain im umgekehrten Verhältnis, bei den 6% der US-Haushalte, die über

Einkommensgruppen

Einkommen von mehr als 200.000 \$ verfügen, führt Obama deutlich mit 52% zu 46%.

**Bildungsabschlüsse** Ein vergleichbares Bild bietet sich bei den Bildungsabschlüssen. Hier gewinnt Obama in allen Kategorien, allerdings besonders deutlich bei Wählern ohne High-School-Abschluss (63%) und mit postgraduellem Hochschulabschluss (58%).

**Alter** Jungwähler unter 30 Jahren machten 2008 18% aller Wähler aus, 16% sind Senioren über 65. Nur in der letzteren Gruppe schlägt der 72-jährige Senator aus Arizona den 47-jährigen Kollegen aus Illinois. Obama siegt bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 65 eher knapp, bei den unter-30-Jährigen aber mit 66% zu 32%.

Während es fast schon als selbstverständlich gilt, dass Kandidaten der Republikaner bei Wählern mit Waffenbesitz (62%), bei Militärangehörigen (54%) und protestantischen Christen (54%) vorne liegen und Demokraten die Gunst von Gewerkschaftsmitgliedern (59%), jüdischen Amerikanern (78%) und Homosexuellen (70%) in hohem Maße erhalten, überrascht 2008, dass Obama auch bei Haushalten ohne Gewerkschaftsmitglied mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinigen kann. Im Gegensatz zu John Kerry konnte Obama auch eine Mehrheit der katholischen Wähler (54%) auf sich vereinigen.

**Regionen** Regional sind der Nordosten und die Westküste weiterhin Hochburgen Obamas und der Demokraten, der Süden geht mit 54% zu 45% an John McCain. Im gleichen Verhältnis gewinnt Obama 2008 deutlich und damit wahlentscheidend die seit mehr als einem Jahrzehnt am stärksten politisch umkämpfte Region des Mittelwestens. Gleichwohl: die Demokraten konnten den Vorsprung in ihren Hochburgen vergrößern und den Mittelwesten deutlich für sich gewinnen, während der Vorsprung der Republikaner in ihrer Hochburg im Süden schrumpfte. Lediglich in zwei südlichen Bundesstaaten, Alabama und Louisiana, schnitt Obama im Vergleich zum Resultat John Kerrys 2004 schlechter ab. Mit Indiana, Virginia und North Carolina gewann Obama Bundesstaaten, welche seit 1964 bzw. 1976 kein Kandidat der Demokraten mehr gewinnen konnte. In für Demokraten schwer zu gewinnenden Bundesstaaten wie Georgia und Montana kam er McCain sehr nahe. Die Republikaner kontrollieren nach wie vor große Teile des ländlich-kleinstädtischen Amerika, die Demokraten dominieren in fast allen Ballungsräumen des Landes.

In sechs Staaten mit insgesamt 88 Elektorenstimmen betrug der Unterschied zwischen Sieger und Besiegten weniger als 5%:

Missouri	(0.13%)	zugunsten McCain
North Carolina	(0.33%)	zugunsten Obama
Indiana	(1.40%)	zugunsten Obama
Montana	(2.26%)	zugunsten McCain
Florida	(2.82%)	zugunsten Obama
Ohio	(4.54%)	zugunsten Obama.

In weiteren neun Bundesstaaten (für Obama: Virginia, Colorado, Iowa und New Hampshire, für McCain: Georgia, South Dakota, Arizona, North Dakota, South Carolina) betrug der Vorsprung des Gewinners zwischen 5% und 10%.

Diese Aufstellung zeigt, dass Obama nicht nur eine Reihe von Staaten gewinnen konnte, die sowohl 2000 als auch 2004 für George W. Bush gestimmte hatten, sondern wie kompetitiv Obama in zahlreichen einstigen Hochburgern der Republikaner geworden war.

### 3. Bedeutung(en) und Deutungen der 2008er Wahl: Eine „realigning election?“

Die Vereinigten Staaten von Amerika – und mit ihnen weite Teil der interessierten Welt – haben am 4. November 2008 zweifelsohne eine historische Präsidentschaftswahl erlebt, von der noch lange die Rede sein wird. In fast 100% aller Kommentare besteht die historische Dimension des 4. Novembers 2008 in der Wahl des ersten nicht-weißen Präsidenten der USA. 232 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien wählten die USA mit Barack Obama den Sohn einer weißen Amerikanerin und eines schwarzen Kenianers an die Spitze ihrer Nation. Aus politikwissenschaftlicher Sicht erschöpft sich die historische Dimension der Wahl indes nicht in der Hauptfarbe des siegreichen Bewerbers – oder im Geschlecht einer in den Vorwahlen der Demokraten knapp unterlegenen Bewerberin bzw. einer Vizepräsidentschaftskandidatin -, sondern erweitert sich auf die Art des Sieges Obamas über seinen Mitbewerber John McCain sowie der Demokratischen Partei insgesamt. Die Wahl 2008 könnte sich als eine sog. „realigning election“ erweisen, in der die politischen Mehrheitsverhältnisse in den USA für längere Zeit – etwa den Zeitraum von 25-30 Jahren – neu geordnet werden. Damit stünde die jüngste US-Präsidentschaftswahl in der Tradition der Wahlen von 1932, welche die sog. New Deal-Koalition Franklin D. Roosevelts begründete und der Wahl von 1980, mit welcher die Vorherrschaft der konservativen Reagan-Koalition eingeläutet wurde<sup>9</sup>.

Historische Wahl

realigning?

Welche Evidenzen sprechen für die These vom Realignment? Das Hauptargument: die Parteiidentifikation wahlentscheidender Bevölkerungsteile dreht sich zugunsten der Demokratischen Partei (vgl. Judis/Teixera 2007): als erstes sind die Minderheiten zu nennen: neben der traditionell überwältigenden Mehrheit der schwarzen Amerikaner identifizieren sich auch solide relative Mehrheiten der Latinos und der asiatischen Amerikaner mit den Demokraten. Nicht-verheiratete, arbeitende Frauen mit Hochschulabschluss wenden sich zu zwei Dritteln der Demokratischen Partei zu, ebenso tut dies ein wachsender Anteil der im qualifizierten Dienstleistungssektor arbeitenden Menschen. Keiner dieser den Demokraten zuneigenden Gruppen wird in Amerika kleiner, sie alle verbindet die Ablehnung eines Staatsverständnisses, das im Staat primär einen Problemverursacher sieht, wie es die Reagan-Doktrin gepredigt hatte. Die Obama-Koalition und insbesondere die junge Obama-Generation erwartet von einem smarten, schlanken und effizient regulierenden Staat zwar kein kuscheliges Volksheim wohlfahrtsstaatlicher Prägung, aber einen notwendigen Regulierer und punktuellen Problemlöser (vgl. Myerson 2008, Judis 2008).

Parteiidentifikation

Der Pendelumschwung zugunsten der Demokraten begann nicht erst mit der gewonnenen Kongresswahl 2006, sondern bereits zu Beginn der 90er Jahre in

der Ära Bill Clinton (vgl. Judis/Teixera 2002). Allerdings erhielt der Trend zur strukturellen Mehrheitsfähigkeit der Demokraten durch das Wiederaufleben des Sicherheitsthemas als Thema Nummer 1 in den Wahljahren 2002 und 2004 einen herben Rückschlag. Wie wichtig eine angespannte Sicherheitslage und ein hoher Stellenwert des Themas Sicherheit indes für den Erfolg der Republikaner war, zeigt ein Blick auf die Präsidentschaftswahlergebnisse vor und nach dem Ende des Kalten Krieges: Mit Ausnahme der Wiederwahl George W. Bushs im Jahr 2004, bei der das Thema Sicherheit (vor Terror) den Ausschlag gab, fallen alle großen Präsidentschaftswahlsiege der Republikaner in die sicherheitspolitisch aufgeladene Atmosphäre der 80er Jahre vor dem Ende des Kalten Krieges. Danach – 1992, 1996 und 2000 – spielten Außen- und Sicherheitspolitik eine untergeordnete Rolle –, die Wählermehrheiten für Republikaner blieben aus<sup>10</sup>.

Das Wahljahr 2008 gab dem Trend zu den Demokraten indes zwei weitere wichtige Impulse: die als „Generation Y“ bezeichnete Gruppe der nach 1977 geborenen jungen Menschen tendierte 2008 zu nahezu 65% zu den Demokraten. Dies muss nicht so bleiben, aber es ist ein zu deutlicher Vorsprung, als dass er binnen einer Legislaturperiode völlig abschmelzen könnte. Schließlich steht eine Mehrheit der sich mit keiner der beiden Parteien identifizierenden Wähler in den meisten Sachfragen näher an den Positionen der Demokraten als an den Auffassungen der Republikaner. Insgesamt ist der Trend zu den Demokraten auf der Ebene des Kongresses und der Einzelstaaten deutlicher und nachhaltiger als auf der Ebene der Präsidentschaft. Um auf dieser Ebene die neu herausziehende Koalition zusammenzuhalten braucht es das politische Geschick eines überzeugenden Kandidaten und die gelungene Ansprache der gemäßigten Wechselwähler. Der große Erfolg Obamas lässt sich somit nicht auf jedweden Kandidaten der Demokraten übertragen.

sozialmoralische  
Fragen

Dennoch ist diese These von einer linksliberalen strukturellen Mehrheitsfähigkeit alles andere als unangreifbar und möglicherweise verfrüht – wie es die These von der hegemonalen Stellung der Republikaner vor vier Jahren war<sup>11</sup>. In Sachfragen sind konservative Themen – insbesondere in den emotionalisierten sozialmoralischen Fragen Homoehe oder gezielte Förderungsmaßnahmen für Minderheiten – auch in solchen Regionen mehrheitsfähig, die gemeinhin als Hochburgen der Demokraten gelten. Immer wieder – so auch 2004, 2006 und 2008 – gelingt es konservativ inspirierten Volksbegehren auch in auf Präsidentenebene linksliberalen Bundesstaaten wie Kalifornien, Michigan oder Colorado, konservative Anliegen wie das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe oder die Beschränkung einer Politik der affirmativen Minderheitenförderung in plebiszitären Sachabstimmungen (ballot initiatives) durchzusetzen. So erhielt am 4.11.2008 in Kalifornien die sog. „Proposition 8“, welche anstrebt, den Begriff „Ehe“ auf Verbindungen zwischen einem Mann und einer Frau zu begrenzen, eine Mehrheit von 52.3% der abgegebenen Stimmen. Bei diesen Sachabstimmungen sind es gerade Teile der treuesten Wähler der Demokratischen Partei, welche ihre Präferenz für konservative Wertvorstellungen artikulieren – ärmere Weiße bei ihrer Gegnerschaft der affirmative action und Schwarze und Hispanics bei ihrer Ablehnung der Homoehe oder der Drogenfreigabe. So stimmten in Kalifornien dieselben schwarzen Wähler, die zu 95% Barack Obama gewählt hatten, am selben Tag zu mehr als 60% für das faktische Verbot der gleichge-

„Proposition 8“

schlechtlichen Ehe. Auch 56% der Gewerkschaftsmitglieder und 53% der Latinos schlossen sich dem Votum gegen die Homoehe an<sup>12</sup>. Fazit: die Demokratische Partei und ihre Kandidaten bleiben im suburbanen und kleinstädtischen Amerika bei Wertefragen desto verwundbarer, je deutlicher ihr säkularer Kern aus in Großstädten des Nordens und Universitätsstädten beheimateten Aktivisten die Programmatik der Partei in diesen Fragen bestimmt.

Ferner könnten die Themen Terrorismus und Sicherheit durch politisch kaum beeinflussbare Ereignisketten schnell an die Spitze der politischen Tagesordnung zurückkehren. Eine für die Demokraten günstige Agenda des gesellschaftlichen und politischen Wandels würde binnen kürzester Zeit erneut von einer Sicherheitsagenda abgelöst, die den Republikanern entgegen käme (vgl. Jäger 2009:21). Schließlich könnte sich die Republikanische Partei den Anliegen der hispanischen und asiatischen Minderheit aufgeschlossener zeigen.

Sicherheitsagenda

#### 4. Die Republikanische Partei nach den Wahlen von 2008

Ronald Reagan besaß über eine Generation die Gewinnerformel für konservative Kandidaten, und die Republikanische Partei. Reagan vereinigte Wirtschaftskonservative und Anhänger einer möglichst freien und unregulierten Marktwirtschaft mit religiös motivierten Anhängern konservativer Familienwerte und den Befürwortern einer schlagkräftigen Verteidigung und eines sehr starken Militärs. Die nicht unerheblichen Differenzen innerhalb seiner Koalition überbrückte der „große Kommunikator“ Reagan mit einer überlegenen Kommunikationsstrategie und vereinnahmender und gewinnender politischer Rhetorik sowie mit dem allseits beliebten Versprechen auf Steuersenkungen. Nicht wenige Akteure und Beobachter, nicht zuletzt George W. Bush selbst, sahen den 43. Präsidenten der USA in der Tradition und als Vollender des von Reagan geschaffenen konservativen Werkes. Die Reagansche Wählerallianz sollte in die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Republikaner weiterentwickelt werden. Nach den erfolgreichen Zwischenwahlen 2002 und der Wiederwahl Bushs 2004 schien dieses Ziel in greifbarer Nähe. Warum ist das Reagan-Projekt so schnell nach seinem vermeintlichen Höhepunkt (2002-2004) gescheitert? Die kurze Antwort lautet „overreach“, der Bogen wurde überspannt: außen- und sicherheitspolitisch durch einseitig auf Unilateralismus und Militär setzende „Cowboy-Diplomatie“, im Inneren verstieß die Bush-Administration gegen wichtige Glaubenssätze von Teilen der Reagan-Koalition und machte sich durch „big government conservatism“, der weder bei der Ausgabenpolitik und der Staatsverschuldung Maß hielt, noch die in Bedrohungszeiten durchaus als notwendig erachteten Beschränkungen von rechtsstaatlichen Grundnormen auf ein Minimum, insbesondere beim Flügel der „libertarians“ unbeliebt. Dazu kamen die Unfähigkeit eines von Republikanern finanziell und durch personelle Fehlbesetzungen geschwächten Staatsapparats, genuine Staatsaufgaben wie Katastrophenschutz effizient zu erfüllen sowie die überdurchschnittliche Korruptionsanfälligkeit republikanischer Amsträger. Schließlich kamen kommunikatives Unver-

Ronald Reagan

George W. Bush

„overreach“

mögen und schwere strategische Fehler wie der polarisierende Regierungsstil trotz häufig hauchdünner Wählermehrheiten und Ideenmangel hinzu.

Den Republikanern bleibt zunächst die Hoffnung, dass bei zukünftigen Wahlen nicht Themen so klar dominieren, bei denen die Gegenpartei einen kaum einholbaren Kompetenzvorsprung besitzt. Wie jede Oppositionspartei könnten sich Republikaner primär auf Fehler und Abnützungserscheinungen der Regierungspartei verlassen und auf wählerwirksamere Spitzenkandidaten hoffen. Sie können ebenfalls darauf hoffen, dass die Demokraten und ihr Präsident von starken Interessenverbänden im Umfeld der Demokratischen Partei wie Lehrerverbänden und Gewerkschaften zu unpopulären Entscheidungen zugunsten von Partikularinteressen in den Feldern Bildung oder Arbeitsmarktpolitik sowie bei der Vergabe von Regierungsaufträgen getrieben werden.

demographische  
Entwicklung

Die demographische Entwicklung der USA stellt die Republikanische Partei vor ein objektives Problem, das 2008 sichtbar wurde als bei jeder Wahl zuvor. Die Republikanische Partei konnte ihren Status als die Mehrheitspartei der weißen Amerikaner nach wie vor behaupten. Weiße Männer über 35 Jahre – insbesondere aus dem Süden – stellen heute den Kern der Wählerschaft dieser Partei. Allerdings schrumpft der Mehrheitsstatus bei jüngeren und besser gebildeten Weißen sowie in Gebieten, in denen die USA bereits heute ein buntes Kaleidoskop aus Rassen, Ethnien und Lebensstilen verkörpern. Sich auf eine Verfestigung der Unterstützung der eher kleinstädtisch und ländlich geprägten weißen Wählerschaft zu verlassen, wie es z.B. die gescheiterte Vizepräsidenten-kandidatin Sarah Palin tat, wäre nicht nur eine moralisch fragwürdige und riskante Strategie, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Rezept für die Bedeutungslosigkeit. Um ihr schlechtes bis katastrophales Abschneiden bei der anwachsenden Bevölkerungsschicht der nicht-weißen Minderheiten zu kompensieren, müssten die Republikaner ihren Stimmenanteil bei weißen Wählern auf Werte zwischen 60 und 70% steigern, was angesichts der immer größeren Gewöhnung weißer Amerikaner an ein buntes Amerika unrealistisch erscheint.

Andererseits ist unstrittig, dass wesentliche Elemente der weißen Kernwählerschaft der Republikaner den Weg der USA in eine immer buntere und von Minderheiten sichtbar geprägte Gesellschaft nicht oder nur sehr zögerlich mitgehen wollen und diesen Prozess insbesondere durch die drastische Beschränkung der (illegalen) Zuwanderung aus Mexiko und Lateinamerika aufhalten wollen. Diese Teile des „weißen“ Kerns der Partei zwingen die Parteiführung und ihre Spitzenkandidaten zu politischen Positionen etwa bei der Zuwanderung oder den sozialen Rechten von illegal im Land lebenden Immigranten (Ausbildungszugang ihrer Kinder, Zugang zur Gesundheitsversorgung etc.), welche bei den betroffenen Minderheiten – insbesondere bei den Hispanics – auf Ablehnung und Unverständnis stoßen, deren Nichtbeachtung durch die Spitzenkandidaten indes zum innerparteilichen Aufstand des Parteikerns gegen die „Parteielite“ führen würde.

Die Ende Januar 2009 erfolgte Wahl des schwarzen ehemaligen Vizegouverneurs von Maryland, Michael Steele, zum neuen Generalsekretär der Partei, zeigt, dass ein Teil der GOP-Funktionäre den Ernst der Lage zumindest auf der symbolischen Ebene begriffen hat. Der gemäßigte Steele war keinesfalls der Kandidat des fundamentalistischen Flügels der Partei und könnte bei dem Versuch, die Partei als inklusive Volkspartei (big tent party) wiederzubeleben, ähn-

inklusive Volkspartei

liche Akzente setzen, wie sie dem zwischen 2005 und 2009 amtierenden Generalsekretär der Demokraten, Howard Dean, beim Wiedererstarken seiner Partei als nationale politische Kraft gelangen. Wenn nicht alles täuscht, wird die programmatische und personelle Erneuerung der Republikanischen Partei weniger aus dem Kongress als aus den Bundesstaaten kommen, wo die Partei jenseits von Sarah Palin über pragmatische und populäre Gouverneure und Landespolitiker verfügt.

## 5. Eine Präsidentschaft des Wandels? Präsident Obama und die Demokratische Partei nach den Wahlen von 2008

Wieviel des versprochenen Wandels wird Präsident Obama realisieren können? Obama verfügt in beiden Häusern des Kongresses über eine deutliche Mehrheit seiner Partei, eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für erfolgreiches Regieren. Aus machtpolitischer Perspektive verhindert der Aufbau des politischen Systems der USA das „Durchregieren“ des Präsidenten auch dann, wenn er nominell über klare Mehrheiten im Kongress verfügt. Aufgrund der Filibusterregel im Senat, die es einzelnen Senatoren ermöglicht, durch unbegrenztes Rederecht ein Gesetzesvorhaben so lange aufzuhalten, bis eine qualifizierte Mehrheit von drei Fünfteln der Senatoren (60 von 100) das Rederecht abbricht, reicht den Demokraten selbst eine komfortable Mehrheit von 57 Senatoren plus zwei ihnen nahestehenden Unabhängigen nicht, um Vorhaben ohne die Mitwirkung einzelner Republikaner zu verabschieden. Die de facto notwendige Mehrheit im Senat lautet daher nicht 51 Stimmen, sondern 60 Senatorenstimmen, was insbesondere moderaten Republikanern ermöglicht, Zugeständnisse der Präsidentenpartei zu erreichen. Obama muss bei seinen legislativen Vorhaben somit den Spagat vollbringen, auf eine kleine Gruppe moderater republikanischer Senatoren zuzugehen und gleichzeitig seine gewachsene Demokratenfraktion unter Kontrolle zu halten.

de facto notwendige  
Mehrheit

Um seinen Anspruch, auch überparteilich zu regieren und die scharfe parteipolitische Polarisierung zu überwinden, ging Obama auf die Republikanische Partei zu, indem er Verteidigungsminister Gates im Amt beließ und zwei weitere Republikaner für Kabinettsposten nominierte, von denen aber einer, Senator Judd Gregg, seine Kandidatur als Handelsminister aufgrund zu großer politischer Differenzen mit Präsident Obama umgehend zurückzog. Obamas Hoffnung auf überparteiliche Mehrheiten stützt sich auf eine Handvoll republikanischer Senatorinnen und Senatoren aus Bundesstaaten mit einer gemäßigt liberalen politischen Kultur, deren Wähler eine überparteiliche Kooperation mit dem demokratischen Präsidenten nicht bestrafen würden. Im Vordergrund stehen insbesondere die beiden republikanischen Senatorinnen des Neuenglandstaates Maine, Susan Collins und Olympia Snowe, sowie Senator Arlen Specter aus Pennsylvania. Andererseits stehen die wenigen verbliebenen moderaten Senatorinnen unter nicht unerheblichem Druck ihrer Parteiführungen, legislative Erfolge der Demokraten zu vereiteln. Wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, musste Obama bereits bei der Verabschiedung seines riesigen Konjunkturpro-

Überparteilichkeit

gramms feststellen, dass sich eine vergleichsweise geschlossene Opposition im Kongress vom Ausmaß seines Wahlerfolgs nur wenig beeindruckt lässt. Politische Flitterwochen wird es für Obama angesichts der enormen Problemlagen kaum geben.

## Die politischen Vorhaben der Obama-Administration

Seit der Administration Franklin D. Roosevelts (1933-1945) gelten die ersten einhundert Tage als Messlatte für die Absichten und die Umsetzungseffizienz der Vorhaben. Anders als nach 100 Tagen, die am 29. April 2009 erreicht sind, lassen sich bei Redaktionsschluss dieses Beitrags zwei Wochen nach dem Amtstritt des 44. Präsidenten noch vergleichsweise wenig gesicherte Aussagen zu dessen Politik machen. Selten waren indes die weltweiten Erwartungen an einen neuen US-Präsidenten so hoch wie 2009.

### Regierungsführung

Lobbyregulierung Zu den ersten Amtshandlungen des Präsidenten gehörten der Erlass von Ethik- und Lobbyregulierungsverordnungen. Diese besagen u.a., dass Mitarbeiter der Obama-Administration, die in den zwei Jahren vor ihrer Ernennung als Lobbyisten registriert waren, für mindestens zwei Jahre nicht mit Themen und Sachfragen betraut werden dürfen, die Gegenstand ihrer Lobbytätigkeit waren. Gleichwohl war Obama gezwungen, sofort mehrere Ausnahmeregelungen für von ihm ernannte Staatssekretäre beantragen, die u.a. für die Rüstungsfirma Raytheon, die ehemalige Investmentbank Goldman Sachs sowie für eine Anti-Raucherkampagne als Lobbyisten tätig waren.

### Rücknahme von Maßnahmen der Bush-Administration

Guantanamo Die Ankündigung, das Gefangenenlager auf Guantanamo Bay, Kuba, binnen einem Jahres zu schließen, war die international meist beachtete Maßnahme der jungen Präsidentschaft. Gleichzeitig verfügte Obama, dass künftig nur solche Verhörmaßnahmen bei Terrorverdächtigen anzuwenden seien, die sich in Übereinstimmung mit dem Feldhandbuch der US-Armee befänden, was foltergleiche Maßnahmen wie „waterboarding“, bei denen der Verhörte glaubt zu ertrinken, ausschließt. Schließlich wurden laufende Verfahren gegen Guantonomo-Insassen vor Militärkommissionen für die Dauer von 120 Tagen ausgesetzt. Ein sehr heikles Thema für die Obama-Administration ist die rechtliche Verfolgung von Mitgliedern der ehemaligen Bush-Administration. Sollte es Ermittlungen bzw. Anhörungen vor dem Justizausschuss des Senats geben, werden diese sich höchstwahrscheinlich auf mögliche rechtswidrige Handlungen von Mitarbeitern des Justizministeriums unter George W. Bush konzentrieren.

## Sozialpolitik

Obama unterzeichnete zwei sozialpolitische Gesetze der demokratischen Kongressmehrheit, die auf den Widerstand der Bush-Administration gestoßen waren: ein Gesetz, das Lohndiskriminierung verbietet sowie ein Gesetz, das den Krankenversicherungsschutz für Kinder von 7 Millionen auf 11 Millionen Kinder ausweitet. Bei dieser Maßnahme dürfte bereits ein Muster der künftigen Sozialpolitik Obamas erkennbar sein. Angestrebt wird etwa in der Gesundheitspolitik kein kompletter Systemwechsel, also eine Umstellung auf ein öffentliches Krankenversicherungssystem aus einer Hand, sondern eine Schließung von Lücken im bestehenden System durch staatliche Eingriffe sowie das Schaffen von Anreizen für Arbeitgeber und Beschäftigte, privaten Versicherungsschutz zu suchen.

Kranken-  
versicherung

## Außenpolitik

Außenpolitisch bestanden die wichtigsten Schritte zunächst in Personalmaßnahmen wie der Ernennung seiner ehemaligen Rivalin Hillary Clinton zur Außenministerin sowie zweier außenpolitischer „Haudegen“ als Sonderbeauftragte für den Nahen Osten (Ex-Senator George Mitchell) und die Region Afghanistan/Pakistan, (Ex-Botschafter und Balkanvermittler Richard Holbrooke). Spätestens mit seinem Auftritt auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 7. Februar 2009 wurde deutlich, dass auch Vizepräsident Joe Biden, langjähriger Vorsitzender des Auswärtigen Senatssausschusses, die Konzeption der US-Außenpolitik mitgestalten wird. Ob er dies in enger Abstimmung oder mitunter auch im Wettbewerb mit Außenministerin Clinton tun wird, muss die Zukunft zeigen. Es wäre naiv anzunehmen, die USA unter Obama würden auf den Einsatz ihrer „harten“ Machtressourcen verzichten und den „weichen“ Machtressourcen kultureller Anziehungskraft und intellektueller Attraktivität allein das Feld überlassen. Erwartet werden sollte vielmehr, dass die US-Außenpolitik Einseitigkeiten ablegt und harte und weiche Machtressourcen zu „smart power“ verbunden werden.

Machtressourcen

## Wirtschaftspolitik

Die mit Abstand wichtigsten Maßnahmen der Obama-Administration, die nicht unmaßgeblich über deren Erfolg oder Misserfolg während der ersten Amtsjahre entscheiden dürften, sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dazu legten beide Kammern des neu konstituierten 111. Kongresses Anfang Januar 2009 ein umfassendes Konjunkturankurbelungsprogramm in Gestalt zweier ähnlicher, aber nicht identischer Gesetzentwürfe vor, deren Grundlagen in enger Abstimmung mit dem Team des gewählten Präsidenten Obama formuliert wurden. Der American Recovery and Reinvestment Act of 2009 – so der offizielle Name des Gesetzes – umfasst ein Paket aus Steuersenkungen, der Verlängerung von Arbeitslosenunterstützung und anderen Sozialleistungen so-

Konjunktur-  
programm

wie Investitionen in Gesundheitsvorsorge, Bildung, Infrastruktur und den Energiesektor im Volumen von zunächst 820-838 Milliarden US-Dollar. Die im Repräsentantenhaus eingebrachte Version des Konjunkturprogramms wurde am 28. Januar 2009 mit 244:188 Stimmen verabschiedet. Kein Abgeordneter der Republikaner stimmte für das Gesetz, auch 11 Demokraten stimmten dagegen. Einen weiteren deutlichen Dämpfer erhielten die Hoffnungen Präsident Obamas, das Konjunkturprogramm mit deutlichen überparteilichen Mehrheiten zu verabschieden, nicht nur durch das Abstimmungsverhalten der Republikaner im Repräsentantenhaus, sondern auch im Senat. Um in der oberen Kammer einen Gesetzentwurf zur Abstimmung zu bringen, muss die Redezeit der Senatoren, die nach der Filibusterregel im Prinzip unendlich sein kann, mit einer 3/5 Mehrheit von mindestens 60 Stimmen abgebrochen werden. Nach erkennbaren Zugeständnissen gelang es einer Gruppe gemäßigter Demokraten unter tatkräftiger Mithilfe Präsident Obamas, die drei bereits genannten moderaten republikanischen Senatoren Collins, Snowe und Specter zur Zustimmung zu einem abgesehenen Konjunkturprogramm zu bewegen. Am Abend des 11. Februar 2009 einigten sich beide Kongresskammern im Vermittlungsausschuss auf ein Paket im Gesamtvolumen von 789 Milliarden US-Dollar. Noch nie hat der US-Kongress ein Konjunkturprogramm in dieser Höhe verabschiedet. Gleichwohl verblasst selbst diese Summe vor dem gigantischen Rettungsschirm für das US-Finanzsystem in Höhe von 2,5 Billionen US-Dollar, das Finanzminister Geithner am 10. Februar 2009 der Öffentlichkeit vorstellte.

Rettungsschirm

Trotz seines Erfolgs bei der Verabschiedung des Konjunkturprogramms dürfte Obama es sehr schwer haben, die parteipolitische Polarisierung der amerikanischen Politik in naher Zukunft zu überwinden. Wie die Auseinandersetzung über das gigantische Konjunkturpaket überdeutlich zeigt, stehen hinter der parteipolitischen Polarisierung auch klare philosophische und ideologische Differenzen über die richtige Wirtschaftspolitik allgemein und die Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise im Besonderen. Auch die Zunft der an Universitäten und Think Tanks arbeitenden Ökonomen zeigt sich hinsichtlich des Pakets gespalten. Während den Nobelpreisträgern Stiglitz und Krugman auf der politischen Linken die Dimension des Programmes zu gering ausfällt und sie das Verhältnis von Steuersenkungen und Investitionsausgaben für unangemessen halten, wird es von einem breiten Spektrum zentristischer Ökonomen von Larry Summers bis zum ehemaligen Reagan-Berater Martin Feldstein unterstützt. Gleichwohl hat sich eine Mehrzahl marktwirtschaftlich orientierter libertärer Ökonomen, darunter mehrere Nobelpreisträger wie Robert Lucas oder James Buchanan, öffentlich gegen das Programm ausgesprochen, da es einem Raub an den zukünftigen Generationen gleichkomme.

Polarisierung

## 6. Ausblick

Barack Obama kann und wird wichtige Stellschrauben der US-Politik auch jenseits der Legislativpolitik verändern, wie die Erlasse der ersten Amtstage demonstrieren. Trotz dieser Maßnahmen wird es auch ihm und seinem Team nicht

über Nacht gelingen, die über Jahrzehnte gewachsene Logik des Politikbetriebs in Washington DC außer Kraft zu setzen oder die Grundausrichtung amerikanischer Politik fundamental zu verändern. Trotz der neuen Regeln sah sich Obama bei der Besetzung zentraler Positionen in seiner Administration gezwungen, auf Veteranen des Washingtoner Politikbetriebs zurückzugreifen, von denen einige Schwierigkeiten mit der Vermeidung von Interessenkonflikten und der Einhaltung von Steuervorschriften hatten und ihre Kandidatur für Kabinettspositionen daher zurückziehen mussten.

Obama wird das Regieren nicht neu erfinden, aber einiges spricht dafür, dass er – aufbauend auf dem Präsidentschaftsmodell der Überredungskunst und der direkten Wählerkommunikation – den Führungs- und Regierungsstil amerikanischer Präsidenten – und nicht nur amerikanischer – ziemlich nachhaltig verändern wird. Die Obama-Administration wird noch mehr als andere mit Sonderberatern für die Lösung spezieller Probleme arbeiten, und es wird selbst für dieselben Themen mehrere parallele „Aktivitätszentren“ geben. Voraussichtlich wird Obama den bereits von Reagan, Clinton und Bush betriebenen kampagnenhaften Regierungsstil unter den Bedingungen des interaktiven Internets weiterentwickeln. Die Obama-Kampagne hat im Wahlkampf kommunizierende Netzwerke von Beratern und Helfern gebildet, die insbesondere durch das Internet verbunden waren. Es ist zu erwarten, dass das Weiße Haus diese Netzwerke aufrecht erhält und immer wieder versuchen wird, die überwiegend jungen Leute des Netzwerks zur Unterstützung der Politik Obamas zu mobilisieren. Die Administration kann über das Netzwerk aber auch feststellen, ob Obamas Anhänger nach wie vor mit im Boot sind, und sie wird versuchen, ihnen auch zwischen den Wahlen das Gefühl zu geben, dass ihre Auffassungen zumindest gehört werden. Obama hat einen Mitmach-Wahlkampf geführt, und er wird – soweit dies unter Washingtoner Bedingungen möglich ist – auch eine Beteiligungs-Präsidentschaft anstreben, da er sonst einen Teil seiner Glaubwürdigkeit bei seinen treuesten Anhängern verlöre. Obamas Team im Weißen Haus könnte neue Methoden entwickeln, konkrete politische Zielgruppen in den USA und außerhalb der USA direkt anzusprechen. Das Modell lautet: im Vorfeld einer Entscheidung möglichst viele Meinungen und Standpunkte einholen und konsultieren. Wenn diese dann aber abgeschlossen sind, wird schnell entschieden und ohne die Duldung von Widerständen umgesetzt. Folgt man den Prognosen des ehemaligen US-Botschafters in Deutschland, John Kornblum, wird Obama manch traditionelle Kanäle der Beratung und der Diplomatie umgehen und daher auch bei Freunden Irritationen hervorrufen (vgl. Kornblum 2009). Obama, so scheint es, hat wenig Geduld mit Strukturen und Gremien, die er für ineffektiv hält, sondern neigt eher dazu, neue Kanäle und Gremien zu schaffen.

Die Demokratische Partei befindet sich heute in einem besseren Zustand als zu jedem anderen Zeitpunkt der vergangenen zehn Jahre. Eine mögliche Spaltung der demokratischen Anhängerschaft in ein Obama- und ein Clinton-Lager fand während der Hauptwahl nicht statt. Barack Obama konnte das Potenzial beider innerparteilicher Lager in der Hauptwahl gegen John McCain voll ausschöpfen, wie sein deutlicher Vorsprung bei Frauen, bei Latinos und bei sehr niedrigen Einkommensgruppen unterstreicht. Die Berufung Hillary Clintons zur

Regierungsstil

kommunizierende  
NetzwerkeMitmach-  
Präsidentschaft

Hillary Clinton

Außenministerin sollte dafür sorgen, dass diese innerparteiliche Bruchstelle auf absehbare Zeit nicht aufbrechen wird.

Die stark gewachsene Kongressdelegation der Partei ist groß genug, um die unterschiedlichen Stömungen innerhalb des Parteiumfelds zu repräsentieren. Es ist eine selbstbewusste Kongressmehrheit, der Obama bis vor wenigen Wochen selbst angehörte, die zwar auf die Zusammenarbeit mit einem Demokraten im Weißen Haus wartete, sich aber nicht in einer dienenden Rolle gegenüber dem Präsidenten sieht. Viele Kongressdemokraten haben zu lange auf eine Gestaltungsrolle gewartet, um diese nun umstandslos ans Weiße Haus abzugeben. Inwieweit Präsident Obama seine eigene, durch die Wahlen von 2006 und 2008 deutlich gestärkte Partei unter Kontrolle haben wird und welchen Umgang er als Präsident mit dem Kongress pflegen wird, ist eine der Schlüsselfrage nicht nur der ersten 100 Tage. Zusammen mit dem Präsidenten müsste die Mehrheitspartei im Kongress daran interessiert sein, in der Gesetzgebung Meilensteine zu schaffen, die weit über das Klientel der Partei hinaus populär sind, statt die Wunschlisten parteinaher Interessenverbände abzuarbeiten. Gelegenheit, gesetzgeberische Meilensteine zu schaffen, bieten nicht nur das Management der Wirtschaftskrise, sondern auch das Gebiet Krankenversicherungs- und Gesundheitsreform, sowie eine Außenpolitik, welche die harten und weichen Machtressourcen der USA zu „smarter Macht“ (smart power) fusioniert und Verbündete aktiv involviert, dazu eine Wirtschafts- und Handelspolitik, die sich an den längerfristigen Interessen der Mittelschicht orientiert. Obama und die Demokraten besitzen ein Regierungsmandat, das kraftvoller ist als die Mandate aller Präsidenten seit Ronald Regan. Sie sollten dieses Mandat für Wandel ohne Hybris und unter ständiger Konsultation breiter Bevölkerungsschichten für eine verantwortungsvolle Politik wahrnehmen und vermeiden, zu Gefangenen von Sonderinteressen zu werden. Wie das Beispiel der Proposition 8 in der Demokraten-Hochburg Kalifornien zeigt, besitzt die neue Mehrheit in den USA allerdings kein Mandat für die landesweite Umsetzung der vom Parteikern und den jüngeren Parteiaktivisten vertretenen progressiven und säkularen Wertvorstellungen.

smart power

## Anmerkungen

- 1 Formal wurden am 4.11.2008 nur die Wahlmänner/Elektoren des sog. Electoral College bestimmt. Diese gaben am 15. Dezember 2008 ihre Stimmen für die Ämter des Präsidenten und Vizepräsidenten ab, indem sie dem Ergebnis der allgemeinen Wahlen ohne Abweichung folgten. Von 538 Elektorenstimmen erhielt Barack Obama 365 und John McCain 173, dasselbe Ergebnis galt für die Wahl des Vizepräsidenten. Am 8.1. 2009 stellte der US-Kongress das Wahlergebnis offiziell fest, am 20. Januar 2009 wurde Barack Obama als 44. Präsident der USA vereidigt.
- 2 Nähere Ausführungen zum Vorwahlkampf und Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen finden sich in Thunert (2008) sowie Thomas (2009).
- 3 Bei den Angaben handelt es sich um (noch) inoffizielle Zahlen des United States Election Project an der George Mason University, Stand 28.1.2009. Siehe [http://elections.gmu.edu/preliminary\\_vote\\_2008.html](http://elections.gmu.edu/preliminary_vote_2008.html), aufgerufen am 2.2. 2009.
- 4 Die Anzahl der Elektoren (Wahlmänner) eines Bundesstaates entspricht der Größe seiner Kongressdelegation (Senatoren und Repräsentanten). Da jeder Staat über 2 Senatoren und mindestens einen Repräsentanten verfügt, sind 3 Elektoren das Minimum. Da auch die Hauptstadt Washington DC drei Elektoren erhält, beläuft sich deren Gesamtzahl auf

538. Zum Präsidenten ist gewählt, wer mindestens 270 Elektorenstimmen auf sich vereinigt. Zu den Verzerrungen und Merkwürdigkeiten des Wahlsystems am Beispiel der Präsidentschaftswahl von 2000 vgl. in kompakter Form Thunert 2001:631-321
- 5 48 Bundesstaaten sowie der Hauptstadt-Distrikt verwenden das sog. „winner-takes-all“-System. In den Bundesstaaten Maine und Nebraska werden zwei Elektorenstimmen staatenweit (at large) zugeteilt, die übrigen nach den Gewinnen in Kongresswahlkreisen zugeteilt. In Maine gewann Obama auf beiden Ebenen, in Nebraska gewann Obama einen Kongressdistrikt und erhielt daher eine Elektorenstimme, während McCain den Bundesstaat insgesamt und die übrigen Elektorenstimmen gewann.
  - 6 Die Wahldaten beziehen sich auf die Präsidentschaftswahl stammen – wenn nicht anders vermerkt – aus folgenden Quellen: Time Magazine vom 24. November 2008, CNN Election Center <http://cnn.com/ELECTION/2008/results/main.results#val=H>. Exit Poll-Daten stammen von <http://cnn.com/ELECTION/2008/results/polls/#USP001>. Exit Polls gelten als fehleranfälliger als andere Umfragen, stellen aber eine kurzfristig verfügbare und trotz der Fehleranfälligkeit grob aussagefähige Form der Wahlanalyse dar.
  - 7 Ein weiterer Senatssitz im Bundesstaat Minnesota wurde nach mehrmaligen Auszählungen zunächst mit hauchdünnem Vorsprung dem Kandidaten der Demokraten, dem Komiker Al Franken übertragen, der unterlegene Amtsinhaber Norm Coleman hat gegen die Entscheidung der Landeswahlbehörde gerichtlichen Einspruch eingelegt, so dass der Sitz noch nicht endgültig vergeben ist.
  - 8 Die folgenden Zahlen- und Prozentangaben beziehen sich auf die Exit Polls des Nachrichtensenders CNN. <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/results/polls/>, abgerufen am 30.1. und 2.2. 2009.
  - 9 Eine dritte „historische“ Dimension der 2008er-Wahl, die schwerste Wirtschaftskrise zu Beginn einer Präsidentschaft seit 1932, ist nicht Gegenstand der folgenden Betrachtung.
  - 10 Die Wahl 2000 kann statistisch nicht als Sieg der Republikaner gewertet werden, da letztendlich eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes George W. Bush zum Sieger nach Elektorenstimmen machte und sein Gegenkandidat Al Gore landesweit eine halbe Million mehr Stimmen gewonnen hatte als Bush (vgl. Thunert 2001).
  - 11 Beispiele solcher Fehldeutungen sind u.a. Edsall 2006, Silberhorn 2008 und Hamburger/Wallsten 2007.
  - 12 Quelle: CNN Exit Polls <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/results/polls/#val=CAI01p1>, abgerufen am 4.2. 2009. Eine Detailstudie im Auftrag des National Gay and Lesbian Task Force Policy Institute stellt fest, dass die hohe Ablehnungsquote der Homoehe bei Schwarzen und Latinos als Konsequenz ihrer im Vergleich zu weißen Kaliforniern ausgeprägtere Religiosität gesehen werden sollte. (vgl. Egan/Sherrill 2009)

## Literatur

- Ceaser, James W. und Daniel DiSalvo (2008): „The Magnitude of the 2008 Democratic Victory: By the Numbers“ in: The Forum, Vol. 6, Issue 4, Article 9, The Berkeley Electronic Press, <http://www.bepress.com/forum/vol6/iss4/art8>
- Edsall, Thomas (2006): Building Red America: The New Conservative Coalition and the Drive for Permanent Power, New York: Basic Books.
- Egan, Patrick und Kenneth Sherrill (2009): California’s Proposition 8: What Happened, and What Does the Future Hold?, National Gay and Lesbian Task Force, [http://www.hetaskforce.org/downloads/issues/egan\\_sherrill\\_prop8-1-6-09.pdf](http://www.hetaskforce.org/downloads/issues/egan_sherrill_prop8-1-6-09.pdf), aufgerufen am 4.2. 2009.
- Frum, David (2008): Comeback. Conservatism that Can Win Again, New York: Doubleday
- Hamburger, Tom und Peter Wallsten (2007): One Party Country: The Republican Plan for Dominance in the 21<sup>st</sup> Century, New York: Wiley.
- Jäger, Thomas (2009): „Alles anders mit Obama? Wird die Außenpolitik des neuen amerikanischen Präsidenten im Zeichen des Wandels oder der Kontinuität stehen?“, Berliner Republik, Nr. 1, 18-22.

- Judis, John B. (2008): „America the Liberal“, *The New Republic*, 5. November 2008.
- Judis, John B. und Ruy Teixeira (2007): „Back to the Future. The Re-Emergence of the Emerging Democratic Majority“, in: *The American Prospect*, Juli/August.
- Judis, John B. und Ruy Teixeira (2002): *The Emerging Democratic Majority*, New York: Scribner.
- Kolkman, Michael (2005): „Die Präsidentschaftswahl in den USA vom 2. November 2004: ein knapper Sieg Bushs, aber auch ein Mandat?“ in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (Zparl)*, 36 (2005) 2, 259-280.
- Kornblum, John (2009): „Netzwerke und herrsche“ in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* Nr. 3, 18.1. 2009, 13.
- Meyerson, Harold (2008) „A Real Realignment“, *Washington Post*, 7. November 2008, A 19.1
- Silberhorn, Hubert (2008): „Nachhaltige Dominanz? Präsident Bush, die Republikaner und ihr Masterplan“ in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, 39(2008) 1, 134-156.
- Schaller, Thomas F. (2006): *Whistling Past Dixie. How Democrats Can Win Without the South*, New York: Simon & Schuster.
- Thomas, Evan (2009): *The Inspiring, Combative, 2008 Campaign and the Historic Election of Barack Obama*, Public Affairs.
- Thunert, Martin (2008): „ ‚Yes they can!‘ Die faszinierenden Präsidentschaftsvorwahlen 2008 in den USA“ in: *Gesellschaft.Wirtschaft.Politik (GWP)*, Jg. 57, 2008, Heft 1, 11-20.
- Thunert, Martin (2001): „Die US-Amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom 7. November 2000 – kein Sieg Bushs, sondern eine Niederlage Gores“ in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3/2001, S. 630-645.